



## Regierungsprogramm: Wohnungslosenhilfe begrüßt wohnpolitische Maßnahmen und warnt vor Sozialhilfe-Kürzungen

*In Sachen leistbares Wohnen finden sich im Schwarz-Rot-Pinken Regierungsprogramm viele begrüßenswerte Maßnahmen, so die BAWO, der Dachverband der Wohnungslosenhilfe. Besonders das Bekenntnis zum Housing First Ansatz ist ein großer Schritt zur Beendigung von Obdach- und Wohnungslosigkeit. Sozialpolitisch muss sichergestellt sein, dass auch Menschen mit niedrigem Einkommen dauerhaft leistbar wohnen können.*

Wien, 28.02.2025 – Macht das Schwarz-Rot-Pinke Regierungsprogramm leistbares Wohnen für alle möglich? Die BAWO, der Dachverband der Wohnungslosenhilfe, begrüßt wohnpolitische Maßnahmen im Programm und warnt vor Kürzungen in der Sozialhilfe.

Allen voran begrüßt die BAWO das Bekenntnis, den **Housing First** Ansatz weiterhin voranzutreiben. Der internationale Ansatz begleitet wohnungslose Menschen direkt in die eigene, leistbare Wohnung und beendet so Wohnungslosigkeit erwiesenermaßen nachhaltig. Diesem Bekenntnis muss konsequenterweise folgen, dass das im Oktober 2024 gestartete Housing First Programm des Sozialministeriums dauerhaft abgesichert und ausgebaut wird.

Damit Housing First nachhaltig funktioniert, braucht es Wohnungen. Im Regierungsprogramm sind die Wiedereinführung der **Zweckbindung der Wohnbauförderung** und ein Fokus auf den gemeinnützigen Wohnbau dazu wichtige Weichenstellungen. Das Bekenntnis, dass gemeinnützige Wohnungen nicht zu Spekulations- oder Anlageobjekten werden sollen, ist wichtig. Entsprechend muss die kommende Regierung dafür sorgen, dass gefördert errichtete Wohnungen langfristig als leistbare Mietwohnungen zur Verfügung stehen.

Positiv ist auch das Vorhaben, **ausfinanzierte Wohnungen** aus dem gemeinnützigen Sektor **sozial treffsicher** zugänglich zu machen. Die BAWO sieht einkommensarme und wohnungslose Menschen in Punkto sozialer Dringlichkeit prioritär. Soziale Treffsicherheit wird dann erzielt, wenn leistbare Wohnungen strukturell an Housing First Angebote vermittelt werden.

Sinnvoll, damit Mietpreise in Zeiten hoher Inflation nicht ständig steigen, ist auch das vorgesehene Aussetzen der **Indexierung des Mietzinses** für Altbau- und gemeinnützige Wohnungen 2025 und die Maximalerhöhung von 1 bzw. 2 Prozent in den Folgejahren.

Dennoch gilt: Aufgrund von finanziellen und gesetzlichen Zugangshürden zum kommunalen und gemeinnützigen Wohnbau sind viele Menschen mit geringem Einkommen auf freifinanzierte Mietwohnungen angewiesen. Die BAWO schlägt daher auch eine zeitnah wirksame Regulierung dieses Sektors vor.

In jeden befristeten Mietvertrag ist das Risiko von Wohnungslosigkeit eingeschrieben: Einerseits, wenn bestehende Verträge nicht verlängert werden, andererseits, wenn bei Vertragsverlängerungen oder Neuanmietungen Mietpreise dem steigenden Marktniveau angepasst werden. Die BAWO begrüßt daher, dass die **Mindestbefristung von Mietverträgen** von drei auf fünf Jahre angehoben werden soll. Langfristig gesehen müssen unbefristete Verträge wieder zur Norm werden.



**Sorgen bereiten mögliche Einschnitte in der Sozialhilfe:** Laut Regierungsprogramm soll die Höhe der Sozialhilfe für nicht genauer definierte arbeitsfähige Personen von € 1.209,-- auf € 950,-- gesenkt werden. Lag die Sozialhilfe bisher bereits unter der Armutsgefährdungsschwelle, kommt es hier zu einer dramatischen Zuspitzung. Laut Referenzbudgets der Schuldenberatungen braucht es ein Einkommen von mindestens € 1.730,--, um ein angemessenes, bescheidenes Leben führen zu können. Sozialhilfeempfänger:innen sind ohnehin schon weit von diesem Maßstab entfernt. Mit einer weiteren Kürzung der Leistungshöhe laufen sie Gefahr, Wohnkosten nicht mehr bewältigen zu können, Delogierungen und Wohnungslosigkeit sind dann drohende Folgen.

Wohnungslosigkeit kann dann beendet werden, wenn Wohnen und Soziales gemeinsam gedacht und Kooperationen zwischen Sozialorganisationen und Wohnbauträgern forciert werden. Das Regierungsprogramm sieht dafür vor, ein **Gremium** zu schaffen, das sich mit der **Bedeutung des Wohn- und Immobilienwesens als Querschnittsmaterie** beschäftigt. Als Zusammenschluss an Expert:innen der Wohnungslosenhilfe und Interessensvertretung wohnungsloser Menschen in Österreich steht die BAWO für dieses Gremium gerne zur Verfügung.

Schlussendlich begrüßt die BAWO, dass Wohnen nun als eigenes Ressort im **Bundesministerium für Wohnen**, Kunst, Kultur, Medien und Sport verankert und sichtbar abgebildet ist.

#### Über die BAWO

Die BAWO setzt sich für die Beendigung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit und für leistbares, dauerhaftes und inklusives Wohnen für alle ein. Als Dachverband sieht sich die BAWO als politische Interessensvertretung der Wohnungslosenhilfe in Österreich. Mit Publikationen, Vernetzungsarbeit und Fachtagungen entwickelt die BAWO Antworten auf strukturelle Fragen rund um das Thema Wohnungslosigkeit und Wohnungsnot und treibt fachliche Standards voran. 56 NGOs und 91 persönliche Mitglieder sind Teil der BAWO. BAWO steht für Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe.

#### Pressekontakt

Gerhard Schützinger  
Kommunikation & Öffentlichkeitsarbeit  
BAWO – Wohnen für alle  
[gerhard.schuetzinger@bawo.at](mailto:gerhard.schuetzinger@bawo.at)  
+43 660 81 38 616  
[Newsletter](#) | [LinkedIn](#) | [bsky](#)